

Wohin steuert unser Land?

Zukunftswahl: Worum es bei der Bundestagswahl geht

am 26. September wählt Deutschland einen neuen Bundestag. Welche Parteien in welcher Koalition danach auch regieren werden: Die Herausforderungen, denen sie sich stellen müssen, sind enorm. Wir haben großen Nachholbedarf bei der Digitalisierung, die finanziellen Folgen der Corona-Krise wiegen schwer, und die Klimaziele erfordern gewaltige Investitionen in neue Technologien. Hinzu kommt ein seit Jahren verschlepptes Problem: Die demografische Entwicklung in unserem Land macht eine Anpassung des Systems der Rentenund Pflegeversicherung zwingend erforderlich.

Die zur Wahl stehenden Parteien haben ganz unterschiedliche Ansätze, wie sie diesen Herausforderungen begegnen wollen. Zwei Grundrichtungen sind in den Programmen zu erkennen: Die einen wollen den staatlichen Einfluss auf die Wirtschaft ausbauen, die anderen ihn eher zurückfahren. Es geht daher im September auch um eine Richtungsentscheidung. Vertrauen wir weiterhin auf das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft, das unternehmerische Freiheit mit sozialer Absicherung verbindet? Oder setzen wir immer stärker darauf, dass der Staat vorschreibt, was Bürgerinnen, Bürger und Wirtschaft zu tun haben.

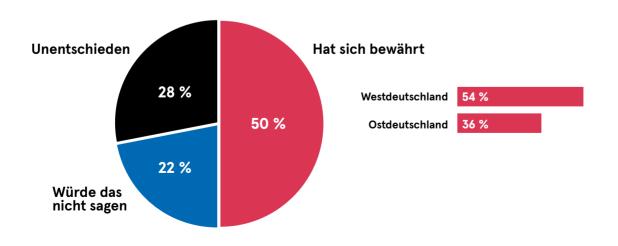
Eine anregende Lektüre wünscht

HUBERTUS PELLENGAHR

Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt

Meinungsforscher des Instituts für Demoskopie Allensbach haben gefragt: "Würden Sie sagen, die Soziale Marktwirtschaft hat sich in der Corona-Krise alles in allem bewährt, oder würden Sie das nicht sagen?"



Die ökonomischen Kollateralschäden der Pandemie haben das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft nicht erschüttert. Allerdings gibt es gravierende Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland.

Zukunftswahl 2021

Wohin steuert unser Land?

Finanzen, Klima und Soziales: In ihrer Wirtschaftspolitik unterscheiden sich die Parteien grundlegend

Von MICHAEL HIRZ

"Es lohnt sich. hier zu produzieren"

Familienunternehmerin Cornelia Horsch ist weltweit erfolgreich und hält am Standort Deutschland fest

Das Gespräch führte SABINE BAUR

"Schleichende Kündigung des Generationenvertrags"

Wirtschaftswissenschaftler Bernd Raffelhüschen kritisiert die derzeitige Rentenpolitik als populistisch

Das Gespräch führte DANIEL GRÄBER

16

Stabiles Vertrauen

Eine Allensbach-Studie zeigt: Auch in Krisenzeiten stellen die Deutschen ihr Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich infrage

Von PROF. DR. RENATE KÖCHER

Innovation braucht **Produktion**

Zuversicht oder Abstiegsangst? Wie drei deutsche Firmenleitungen auf ihre Heimat blicken

Von SABINE BAUR

Was Deutschland anpacken muss

Blick in die Zukunft: Ohne Reformen werden wir unseren Wohlstand nicht halten können

Von DR. DANIEL STELTER

Impressum

HERAUSGEBER

Marktwirtschaft GmbH Georgenstraße 22, 10117 Berlin Tel.: +49 (0)30 27877-171

VERI AG

Res Publica Verlags GmbH Fasanenstraße 7–8, 10623 Berlin Tel.: +49 (0)30 981 941-100

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Alexander Marguier

VERLAGSLEITUNG Jörn Christiansen

LEITUNG REDAKTIONSMARKETING Janne Schumacher

REDAKTION

Daniel Gräber

Michael Hirz, Sabine Baur

ARTDIREKTION/PRODUKTION Jeff Harwell (fr.)

BILDREDAKTION Res Publica Verlags GmbH

FOTOGRAFIE

Christoph Busse Verena Müller

ILLUSTRATION

CHEFIN VOM DIENST

SCHLUSSREDAKTION Christiane Braun

HERSTELLUNG/VERTRIEB

Erwin Böck

DRUCK/LITHO Neef+Stumme GmbH & Co. KG Schillerstraße 2, 29378 Wittingen

Eine Publikation der Res Publica Verlags GmbH. Alle Rechte Res Publica Verlags GmbH. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.

Wohin steuert unser Land?

Finanzen, Klima und Soziales: In ihrer Wirtschaftspolitik unterscheiden sich die Parteien grundlegend.

Von MICHAEL HIRZ

Illustrationen
ALEXANDER GLANDIEN



ahlkampf ist die Zeit der großen Versprechungen. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass Versprechen und Halten zwei völlig verschiedene Dinge sein können. Dennoch lohnt der Blick in die Bundestagswahlprogramme zumindest derjenigen Parteien, die eine Chance auf Regierungsbeteiligung haben und die damit die Zukunft des Landes gestalten. Welche Prioritäten setzen sie, welche Vorschläge haben sie für die zentralen Herausforderungen? Um welche Wählergruppe bemühen sie sich besonders? Und da gibt es durchaus deutliche Unterschiede.

Daran lässt sich jetzt schon ablesen, wie schwierig oder wie leicht die Parteien nach dem 26. September zusammenfinden, wie anschlussfähig sie untereinander sind, welche Koalitionen in der Lage sein könnten, konstruktiv und sachorientiert zu arbeiten. So oder so: Die nächste Bundesregierung steht mit strapazierten Finanzen, schnellem demografischen Wandel, Energiewende und maroder Infrastruktur vor einer Herkulesaufgabe. Deshalb hier ein Überblick über die unterschiedlichen Positionen auf wichtigen Politikfeldern:

Finanzen und Steuern

Waren die öffentlichen Haushalte des Bundes, der Länder und der Kommunen schon vor Corona strapaziert, hat die Pandemie noch einmal zusätzliche Belastungen verursacht. Im Haushaltsentwurf des Bundes für kommendes Jahr sind 100 Milliarden Euro neue Schulden vorgesehen – angesichts einer Staatsverschuldung von bereits fast 2,3 Billionen Euro ein weiterer gewaltiger Brocken.

Finanzexpertinnen und -experten bereitet zudem die sogenannte implizite Staatsverschuldung Sorgen. Das sind die künftigen Zahlungsverpflichtungen der sozialen Sicherungssysteme wie Renten und Pensionen. Angesichts des demografischen Wandels ist ein rapider Anstieg der alterungsbedingten Staatsausgaben zu erwarten. Zusätzlich sind erhebliche Mittel notwendig für Klimaschutz, Infrastruktur und Finanzierung der Energiewende. Eine neue Bundesregierung wird also

in tiefer werdende Haushaltslöcher schauen. Wie wollen die Parteien damit umgehen?

Die Antwort von Union und FDP auf diese Herausforderung liegt in einer Entfesselung der Wirtschaftskraft. Wie schon in der Finanzkrise soll eine dynamische Entwicklung von Wachstum und Beschäftigung dafür sorgen, dass die Staatsfinanzen nicht aus dem Lot geraten. Vor allem die Liberalen setzen auf die Kraft der Marktwirtschaft, die durch eine im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohe Steuerlast für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger zum Nachteil aller eingeschränkt werde. Steuererhöhungen und eine Fortsetzung des Solidaritätszuschlags lehnen CDU/CSU und FDP daher ab. Im Gegenteil: Sie versprechen Steuersenkungen. Die Gegenfinanzierung sehen sie durch ein dann dynamisiertes Wachstum gedeckt. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer wäre mit beiden nicht zu machen.

Einen anderen Ansatz verfolgen SPD, Grüne und Linke, die den Staatsfinanzen in ihren Wahlprogrammen weniger Platz einräumen oder sie nur marginal behandeln. Einen weiteren Ausbau des Sozialstaats wollen alle drei Parteien vor allem durch Umverteilung angehen. Kleine und mittlere Einkommen sollen (wie es auch Union und FDP vorsehen) entlastet werden, finanziert durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer.

Einigkeit herrscht unter allen Parteien bei der Frage der Entlastung von gering und durchschnittlich verdienenden Personen. Umstritten ist jedoch deren Umfang. Bündnisfähig mit ihren Konzepten sind auf jeden Fall Union und Liberale auf der einen und SPD, Grüne und – mit Abstrichen – Linke auf der anderen Seite.

Klimaschutz, Energie und Verkehr

Zum Klimaschutz bekennen sich alle Parteien. Die teils fundamentalen Unterschiede zeigen sich dann aber vor allem bei der Wahl der Mittel. Klimapolitik gehört bei den Grünen zur DNA und entsprechend sind ihre Ziele am ehrgeizigsten. Sie fordern ein

1643 Milliarden

Euro haben Privathaushalte in Deutschland im vergangenen Jahr ausgegeben, den Großteil davon für Wohnung und Energie

WAHLPROGRAMME 2021

Sofortprogramm, wollen bereits bis 2030 den Ausstoß von Emissionen um 70 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren und bis zum Jahr 2045 Treibhausgas-Neutralität erreichen. Der CO₂-Preis soll laut Wahlprogramm bereits ab 2023 auf 60 Euro pro Tonne hochgesetzt werden. Derzeit liegt er bei 25 Euro pro Tonne.

Auch der mögliche Koalitionspartner Union formuliert in seinem Wahlprogramm Ziele und bekennt sich zum Pariser Klimaabkommen. Erreicht werden soll eine CO₂-Neutralität falls bis 2045. Dabei setzen CDU und CSU vor allem auf einen intelligenten Energiemix, einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Verkehrsinfrastruktur und auf marktwirtschaftliche Elemente, die auch technische Innovationen fördern sollen.

Damit ist sie dicht bei der FDP, die auf einen konsequenten CO₂-Deckel und damit am stärksten auf neue Technologien und den Wettbewerb der Ideen setzt.

Ähnlich wie die Union will sie mit einem "Carbon-Leakage-Schutz" auf EU-Basis dafür sorgen, dass Unternehmen nicht abwandern. Nicht überraschend, aber angesichts der jetzt schon überdurchschnittlich hohen Energiekosten in Deutschland wollen die Liberalen die Energiebesteuerung deutlich absenken und sprechen sich für eine "Klimadividende" aus.

Die SPD verpflichtet sich in ihrem Programm zur Bundestagswahl ebenfalls zum zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien. Zudem lehnt sie sich mit ihrem Versprechen einer "Mobilitätsgarantie", die jedem Bürger einen wohnortnahen Anschluss an das öffentliche Verkehrsnetz geben soll, inhaltlich stark an grüne Verkehrspolitik an. Ideen wie einen ticketfreien Nahverkehr unterstützen die Sozialdemokratinnen und demokraten explizit.

Die Linke fordert einen "sozialökologischen

Umbau" mit einer Verstaatlichung der Energiekonzerne, einem Transformationsfonds mit einem Volumen von 20 Milliarden Euro, einer CO₂-freien, klimaneutralen Wirtschaft bis 2040 sowie einer ökologischen "Mobilitätsrevolution": 38 Milliarden Euro pro Jahr soll der deutsche Staat dafür in die Hand nehmen.

Auch hier, bei der Klima-, Energie- und Umweltpolitik, wirken die Programme von Union und FDP am kompatibelsten. Ein Jamaika-Bündnis würde ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft erfordern. Ähnlich schwierig wäre, eine rotgrün-rote Koalition zu installieren, da das Ver-

trauen der Linken in marktwirtschaftliche Mechanismen nahe null ist.



Renten- und Gesundheitssystem

Die Zahl ist beeindruckend: Mehr als ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung geht in Soziales. Das waren im Corona-Jahr 2020 insgesamt 1,19 Billionen Euro. Ein neuer Höchststand. Dennoch finden Parteien, zumal im Wahljahr, neue soziale Unwuchten und versprechen, sie abzubauen. Da Rentnerinnen

53 Parteien

treten zur Bundestagswahl 2021 ar

und Rentner sowie rentennahe Jahrgänge gleichzeitig die treueste Wählerschaft sind, werden sie vor allem von den Volksparteien umworben.

Union und SPD widmen dem Wohlgefühl, aber auch den latenten Besorgnissen dieser Klientel in ihren Programmen große Aufmerksamkeit. Am weites-

ten geht jedoch die Linke, die das Rentenniveau auf 53 Prozent anheben und eine abschlagsfreie Rente spätestens mit 65 Jahren garantieren will. SPD und Grüne halten 48 Prozent auch nach 2025 für vertretbar. Alle drei Parteien des linken Spektrums wollen außer Angestellten auch andere Erwerbstätige in die Rentenversicherung einbeziehen.

Die bürgerlichen Parteien, aber auch die Grünen, plädieren für eine Ergänzung des Systems durch eine kapitalgedeckte Säule. Ein Teil des Rentenbeitrags – so die FDP, die von einem starren Renteneintrittsalter wegwill – könnte in eine sogenannte Aktienrente gesteckt werden. Für die

Union wäre ein Pensionsfonds denkbar, in den der Staat von Geburt an für jeden Bürger einzahlt.

Im System der Krankenversicherung wollen CDU/CSU und FDP grundsätzlich bei der Zweiteilung in gesetzliche und private Versicherung bleiben. SPD und Grüne hingegen fordern eine einheitliche Bürgerversicherung, in die nach dem Willen der Grünen auch Selbstständige, Beamtinnen und Beamte sowie Abgeordnete einzahlen müssen. Auch beim Thema Pflege gibt es zwischen bürgerlichen und linken Parteien eine tiefe Kluft.

Insgesamt setzen die beiden Unionsparteien und die Liberalen stärker auf Flexibilität und Wettbewerb, während vor allem SPD und Linke für mehr Regulierung eintreten, die Linke sogar in der Verstaatlichung von Krankenhäusern und "Pflegekonzernen" das Heil erblickt.

Digitalisierung

Das Zauberwort der Gegenwart heißt Digitalisierung. Von ihr erwarten alle großen Parteien einen Schub für Wachstum, Wohlstand und Zukunftssicherung. Entsprechend ist man sich einig: Es soll schneller

gehen mit der Digitalisierung, der Breitbandausbau forciert werden, alle Regionen vom leistungsfähigen 5-G-Netz abgedeckt werden. Die Union fordert eine Bündelung der Zuständigkeiten in einem eigenen Ministerium, auch die FDP will durch neue Strukturen Dampf machen. Dass die öffentliche Verwaltung riesigen Nachholbedarf bei der Digitalisierung hat, ist Überzeugung aller. Die Krux liegt hier jedoch im Zuständigkeitswirrwarr von Bund und Ländern. Für Union und FDP ist dies Anlass, eine Föderalismusreform zu verlangen.

Wahlen sind Richtungsentscheidungen. Klarer, als gelegentlich

vermutet, unterscheiden sich die Grundüberzeugungen der Parteien, stehen unterschiedliche Menschenbilder Pate bei den Programmen – und damit unterschiedliche Verständnisse von der Rolle des Staates. Vertrauen wir seiner Planungsbürokratie alle wichtigen Entscheidungen über unser künftiges Leben und Arbeiten an? Oder glauben wir an die Chancen einer freiheitlichen Gesellschaft? Nicht zuletzt diese Fragen stehen am 26. September zur Abstimmung.





MICHAEL HIRZ ist Journalist und Moderator. Von 2008 bis 2018 war er Programmgeschäftsführer des Fernsehsenders Phoenix. Für die Soziale Marktwirtschaft engagiert er sich als Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung.



"Schleichende Kündigung des Generationenvertrags"

Der Wirtschaftswissenschaftler *Bernd Raffelhüschen* kritisiert die derzeitige Rentenpolitik als populistisch und fordert grundlegende Reformen.

Das Gespräch führte DANIEL GRÄBER

Bernd Raffelhüschen forscht als Finanzwissenschaftler an der Universität Freiburg zur Alterssicherung, Gesundheitsökonomie und Pflegeversorgung. Er war 2003 Mitglied der Rürup-Kommission zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme.

Herr Professor Raffelhüschen, wie sicher ist die Rente?

Bernd Raffelhüschen: Die Rentenversicherung hat immer funktioniert in Deutschland. Sie hat Kriege und Katastrophen überlebt. Aber wir haben versäumt, sie auf die demografische Katastrophe vorzubereiten.

Was bedeutet das?

Die jetzige Bundesregierung sagt: Die Beiträge dürfen nicht steigen, die Renten nicht sinken und das Renteneintrittsalter darf nicht erhöht werden. Deshalb muss immer mehr Steuergeld in die Rentenkasse fließen. Wenn wir so weitermachen, wird bald weit mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts in den sozialen Sicherungssystemen landen. Dieses Geld fehlt dem Staat dann an anderer Stelle.

Oder es kommen Steuererhöhungen.

Eine Erhöhung der Steuern ist das Gift der Gifte für Konjunktur

und Wachstum. Unser Staat hat jetzt schon die höchsten Steuereinnahmen, die Deutschland jemals in der Geschichte hatte. Und zwar nicht nur in absoluten Zahlen, sondern auch in Relation zur Wirtschaftsleistung.

Was wäre Ihr Alternativvorschlag?

Wir müssen akzeptieren, dass die gesetzliche Rente eine Basisversorgung ist. Ziel muss es sein, den Beitragssatz stabil zu halten. Sonst werden wir die schleichende Kündigung des Generationenvertrags erleben.

Das Rentenniveau wird also sinken?

Wenn wir dabei bleiben wollen, dass die jungen Generationen etwa ein Fünftel ihres Gehaltes für die Alten einzahlen, so wie es wir, unsere Väter und Großväter getan haben, kommen wir nicht darum herum. Im Jahr 2035 werden wir sehr viele Rentner haben. Das bei den Jungen eingezogene Fünftel wird dann für ein Rentenniveau von mehr als 40 Prozent nicht reichen. Und das nur, wenn wir das Renteneintrittsalter an die steigende Lebenserwartung anpassen.

Aber lässt sich das in einer vergreisenden Demokratie durchsetzen?

Das ist ein Problem. Die Politik muss die Alten bedienen und neigt zum Populismus. Das haben die vergangenen Jahre deutlich gezeigt. Sozialminister Hubertus Heil hat die Grundsicherung für Rentner aufgestockt. Ein armer Alter wird nun besser behandelt als ein armer Junger. Seine Vorvorgängerin Andrea Nahles hat die abschlagsfreie Rente mit 63 durchgesetzt. Das ist ein Bruch des Lebensleistungsprinzips, wie man ihn sich vorher nicht hätte vorstellen können.

Welcher möglichen künftigen Koalition trauen Sie am ehesten zu, das Problem zu lösen?

Leider keiner. Denn sie müsste, auch angesichts der finanziellen Folgen der Corona-Krise, massive Einschnitte in den Sozialstaat vornehmen. Es macht ja nicht nur die SPD populistische Sozialpolitik. Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat die Pflegeversicherung zur Fast-Vollkasko ausgebaut. Das ist nicht finanzierbar und wird die Akzeptanz des Generationenvertrags beschädigen.

Sie sprachen von dessen schleichender Kündigung. Wie geschieht das?

Durch Abwanderung der Hochqualifizierten. Das geschieht jetzt schon. Wenn Sie in der Schweiz einen Arzt konsultieren, spricht der kein Schweizerdeutsch mehr, sondern lupenreines Hochdeutsch. Auch

in Norwegen oder Dänemark treffen Sie auf deutsche Ärzte. Auch der Wechsel in die Selbstständigkeit ist eine Kündigung des Generationenvertrags.

18.6 Prozent

des Bruttolohns müssen derzeit in die gesetzliche Rentenkasse eingezahlt werden, je zur Hälfte vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber SABINE BAUR

Innovation braucht Produktion

Zuversicht oder Abstiegsangst? Wie deutsche Unternehmerinnen und Unternehmer auf ihre Heimat blicken.



an müsse einen langen Atem haben, meint Geschäftsführerin Natalie Kühn. Acht Jahre Prüfzeit hat es gebraucht, bis die SK-Elektronik GmbH endlich die Zulassung für ihre neue Produktreihe erhielt. Die Flammenionisationsdetektoren (FID) von SK dienen der Emissionsüberwachung von Kohlenwasserstoffen.

Verbrennungsanlagen, Chemieunternehmen, Automobilindustrie – diese Geräte sind überall da Pflicht, wo kontinuierlich emittiert wird. Das mit 44 Beschäftigten vergleichsweise kleine Unternehmen aus Leverkusen hat sich in dieser Nische die Weltmarktführung erobert, gut 60 Prozent gehen in den Export. Seine gut vier Millionen Umsatz macht SK neben der FID- und Analysetechnik mit Leistungselektronik, Mess- und Regeltechnik sowie mit einem für die Gebäudesanierung entwi-

In der Breite der Entwicklungen liegt für die Firmenchefin der Erfolg. Ihr Vater, ehemaliger Ingenieur bei Bayer, hat das Unternehmen 1980

ckelten Luftfilter.

gegründet: "Er war der klassische Entwickler und Macher. Ein Denkergeist, der nie nur am kaufmännischen Erfolg hing." Doch die Rahmenbedingungen haben sich seit den achtziger Jahren deutlich verändert. Nicht jedes Unternehmen nimmt eine achtjährige Produktprüfung in Kauf oder kann sich das leisten. Immer mehr Regulierungen und Bürokratie machen vor allem mittelständischen Unternehmen zu schaffen.

Das sieht auch Marco Thiele, gut 430 Kilometer weiter östlich, als Problem. Er versteht daher, weshalb sich Investoren und Firmengründer die Standortfrage sehr genau überlegen. Sein Familienunternehmen in Halle führt er in dritter Generation. Die Kathi Rainer Thiele GmbH feiert dieses Jahr ihr 70. Jubiläum und blickt auf eine bewegte Historie zurück. Nach dem Krieg haben die Großeltern das

Natalie Kühn
ist Geschäftsführerin
der Firma SK-Elektronik
Leverkusen. Mit
44 Mitarbeiterinnen
und Mitarbeitern stellt
sie Messgeräte für

Unternehmen gegründet und 1951 die allererste Backmischung in Deutschland auf den Markt gebracht – zwei Jahrzehnte vor Dr. Oetker.

Der Wirtschaftsaufschwung ließ Kathi schnell wachsen, doch dann gab es in der DDR immer mehr staatliche Regulierungen und schließlich 1972 die komplette Enteignung. Nur der Markenname Kathi blieb patentrechtlich geschützt. "Meine Großeltern waren felsenfest davon überzeugt, dass es die DDR im Jahr 2000 nur noch im Geschichtsbuch gibt. Deshalb ha-

ben sie die Patentgebühr für Kathi auch nach der Enteignung weitergezahlt", erinnert sich der heutige Geschäftsführer daran, wie seine Großmutter noch auf dem

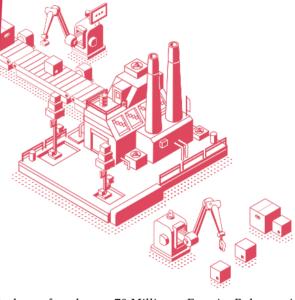
70 Euro

kostete die Megawattstunde im Juli an der Strombörse Leipzig, das ist der höchste Stand seit zwölf Jahren



"Es ist toll, wenn wir die Dinge hier entwickeln. Aber wir müssen sie auch in die Produktion bringen"

Martin Drasch



Martin Drasch
ist seit 2018
Vorstandsvorsitzender der
Manz AG in Reutlingen. Das
börsennotierte Unternehmen
entwickelt Spezialmaschinen
für Autobatterien und
Brennstoffzellen.

Sterbebett seinem Vater das Versprechen abgerungen hatte, die Firma in die Familie zurückzuholen – ein halbes Jahr vor der Wende.

Heute ist die Firma Kathi mit ihren Produkten im ostdeutschen Markt die Nummer eins, deutschlandweit nach Dr. Oetker immerhin auf Rang zwei. Das Unternehmen mit seinen 90 Beschäftigten macht knapp 30 Millionen Umsatz. "Immer nach vorne schauen" ist die Unternehmensphilosophie, Marco Thiele hat sie vom Vater und Großvater übernommen. Doch eines beschäftigt ihn: "Die Bürokratie wird immer schlimmer. Ich bin ein positiv denkender Mensch, aber hier

habe ich fast den Glauben aufgegeben, dass sich etwas verbessert."

Immer mehr und strengere Auflagen sind für Thiele ebenso ein Problem wie steigende Abgaben. Es sei problematisch für den Wettbewerb, wenn einerseits Europa immer mehr zusammenwachse und Deutschland andererseits überall immer mehr mache. Trotz dieser Hemmnisse bleibt der Firmenchef von der wirtschaftlichen Stärke des Landes überzeugt.

Kathi hat seit Beginn der Corona-Pandemie einen Boom erlebt, den Thiele darauf zurückführt, dass die Menschen auf Bekanntes vertraut haben. "Wir sollten uns auf unsere Stärken besinnen und uns nicht mit Billiglohnländern vergleichen", fordert er. Deutschland habe tolles Personal, gutes Handwerk und erfolgreiche Innovationen.

500 Kilometer weiter südlich im schwäbischen Reutlingen sieht Martin Drasch das ähnlich. Die Manz AG, deren Vorstandsvorsitzender er ist, hat gerade erst die Zusage für rund 70 Millionen Euro im Rahmen eines europäischen Förderprojekts erhalten. Die Firmengruppe ist ein Anlagen- und Maschinenbauer, der sich auf die Bereiche Fotovoltaik, Elektronik und seit 2009 verstärkt auf die Lithium-Ionen-Batterie konzentriert hat – allesamt Zukunftstechnologien.

Dieter Manz hat das Unternehmen 1987 gegründet, um Automatisierung voranzutreiben. Den Spirit eines Start-ups habe man sich zumindest in Teilen immer erhalten, nur dass man jetzt auch die nötige Manpower habe, um große Anlagen zu bauen, so Drasch. Die Manz AG hat heute rund 1400 Beschäftigte, 450 davon am Reutlinger Stammsitz. Hinzu kommen Standorte in Italien, Ungarn, der Slowakei, China und Taiwan. Jahresumsatz: 237 Millionen Euro.

Beim EU-Projekt "European Battery Innovation" ist es eines von 42 geförderten Unternehmen, elf kommen aus Deutschland. Manz fällt als einzigem Maschinenbauer eine zentrale Rolle zu. Der Aufbau einer

UNTERNEHMEN ZUKUNFT

nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Batterieindustrie innerhalb Europas ist das Ziel. Es geht um Innovation und um Arbeitsplätze. "Es ist toll, wenn wir die Dinge bei uns entwickeln, aber wir müssen sie dann auch in die Produktion bringen und eine Wertschöpfung hier für die Menschen generieren", sagt Drasch und warnt: "Innovation schläft irgendwann ein, wenn Forschung und Produktion voneinander getrennt werden. Wir brauchen die Rückkopplung."

Eine andere Entwicklung beobachtet man bei der Manz AG als Mitglied im Brennstoffzellen-Cluster Baden-Württemberg. Für Drasch stellt sich die Frage, wann es strategisch wichtig wird, auch in die Wasserstofftechnologie zu investieren: "Man kann nicht immer nur auf einem Bein stehen, Wachstumsmärkte verschieben sich." Das Unternehmen plant in Reutlingen mit 50 Beschäftigten zu wachsen und investiert sechsstellig in seine Personalkampagne. Vor allem regional soll rekrutiert werden.

Unabhängig von Standort, Branche und Unternehmensgröße haben

SK-Elektronik, die Kathi Rainer Thiele GmbH und die Manz AG eines gemeinsam: Alle drei Unternehmen sind engagierte Ausbildungsbetriebe und für alle drei ist es schwieriger geworden, geeigneten Nachwuchs zu finden. "Das Bildungssystem hat sich verändert. Neben dem erforderlichen Leistungsniveau machen wir die Erfahrung, dass die jungen Menschen nicht mehr so eigenständig sind", stellt Natalie Kühn fest.

In der Saale-Region bekommt die Firma Kathi aufgrund ihrer Bekanntheit ausreichend Bewerbungen, aber der Aufwand für die Betreuung der

"Früher lagen die Messlatten bei Bildungsabschlüssen höher. Auf Dauer kann das nicht gut gehen"

Marco Thiele

Auszubildenden habe stark zugenommen. "Früher lagen die Messlatten bei Bildungsabschlüssen höher. Auf Dauer kann diese Entwicklung nicht gut gehen", warnt Thiele.

In Sachen Klimaschutz fordert er mehr Transparenz und Konsequenz: "Klar, wir müssen etwas tun. Aber ich sehe die Gefahr, dass wir in Deutschland eine Oase aufbauen. Wenn wir von Europa reden, dann müssen wir auch gemeinsam handeln. Und es muss offen gesagt werden, dass es teurer wird."

Vielleicht wäre sie als junger Mensch auch bei Fridays for Future aktiv, sagt die Leverkusener Firmenchefin Natalie Kühn. Heute mahnt sie: "Es gibt idealisierte Vorstellungen. Zwischen dem, was wir an Strom brauchen, und dem, was wir derzeit leisten können, haben wir eine Diskrepanz."

Kühns Wunsch lautet daher: "Mindestens die Hälfte der Klima-Aktivisten sollten Entwicklungsingenieure werden und an neuen Konzepten für Energieversorgung und Klimaschutz arbeiten."



"Es lohnt sich, hier zu produzieren"

Unternehmerin *Cornelia Horsch* verkauft ihre Landmaschinen weltweit. Am Standort Deutschland will sie unbedingt festhalten.

Das Gespräch führte SABINE BAUR

Die Horsch Maschinen GmbH aus dem bayerischen Schwandorf ist auf Agrartechnik spezialisiert. Cornelia Horsch führt das international stark wachsende Unternehmen gemeinsam mit ihrem Mann und ihrem Schwager.

Frau Horsch, kurz vor der Bundestagswahl heißt auch eineinhalb Jahre nach dem Corona-Ausbruch. Welche Bilanz ziehen Sie aus dieser Zeit?

Cornelia Horsch: Wir hatten damals mit dem Schlimmsten gerechnet. Letztlich konnten wir aber weiter produzieren, weil wir mit unseren Produkten für die Landwirtschaft systemrelevant waren. Aber natürlich mussten wir schnell reagieren und einige Abläufe umstellen – so wie viele Unternehmen.

Werden diese Erfahrungen unsere Wirtschaft nachhaltig ändern?

Ja, auf jeden Fall. Allein die Lieferketten sind ein großes Thema. Bei Horsch haben wir uns da im vergangenen Jahr noch breiter aufgestellt, um nicht von einzelnen Zulieferern zu stark abhängig zu sein. Wir haben mehr nach Europa gezogen und teilweise sogar gezielt neue Lieferanten in Deutschland aufgebaut. Flexibel handeln zu können, ist noch wichtiger geworden.

Welche Rolle spielt die Digitalisierung bei dieser Entwicklung?

Für uns eine große. Wir sind ja in ständigem Kontakt mit unseren Kunden, den Landwirten. Diese Kommunikation haben wir komplett umgestellt. Angefangen

von den sozialen Medien bis hin zu unseren ganzen Service-Schulungen, bei denen wir auf Online-Formate umgestellt haben. Wir haben da riesige Sprünge gemacht, weil wir mussten. Und es hat sich ausgezahlt.

Inwiefern?

Wir konnten unseren Umsatz 2020 um 20 Prozent steigern und dieses Jahr wird es mindestens ähnlich sein. Unsere digitalen Maßnahmen haben daran einen großen Anteil. Umso wichtiger für uns, dass im ländlichen Raum die entsprechende Infrastruktur vorhanden ist.

Deutschland hat als Produktionsstandort in der Pandemie teilweise eine Renaissance erfahren. Horsch ist ein internationales Unternehmen. Sie haben den Vergleich: Wie konkurrenzfähig sind wir?

Unsere Hauptproduktionsstandorte sind in Deutschland bei einer Exportquote von 80 Prozent. Teilweise werden wir aber durch den Markt gezwungen, vor Ort zu produzieren. Beispiel Brasilien, wo die Zölle extrem hoch sind. Deshalb investieren wir dort momentan groß in eine Produktion. Billiger produzieren wir dort nicht, das ist ein Trugschluss.

Trotz niedriger Lohnkosten?

Natürlich sind die niedriger, dafür gibt es andere Kosten wie etwa höhere

Transportkosten. Abgesehen davon, dass wir die Mitarbeiter vor Ort erst entsprechend ausbilden müssen, weil es dort keine Berufsausbildung wie in Deutschland gibt.

Sie haben also keinen Zweifel am Produktionsstandort Deutschland?

Für uns wird Deutschland immer eine große Rolle spielen. Wenn wir auf Automation und Digitalisierung setzen, lohnt es sich, hier zu produzieren.

Wie zufrieden sind Sie mit den Arbeitsbedingungen vor Ort?

Die Flexibilität, die von uns als Unternehmen verlangt wird, würden wir uns auch von den gesetzlichen Rahmenbedingungen wünschen. Eine Wochenarbeitszeit hätte viele Vorteile für uns. Unsere Kunden arbeiten saisonbedingt. Wenn es irgendwo vor Ort Probleme gibt, ist das mit höchstens zehn Stunden Arbeitszeit am Tag für unsere Servicearbeiter schon schwierig.

Neben Europa sind Sie vor allem in den USA, Russland und China vertreten. Handelspolitisch ein ziemliches Spannungsfeld.

Für uns wird es immer komplizierter. So dürfen wir etwa in die USA keine Teile exportieren, die auch nur Elemente enthalten, die in China produziert wurden. Wir sind

immer mehr mit Regularien beschäftigt. Das deutsche Lieferkettengesetz ist eines davon. Obwohl ich es grundsätzlich richtig finde. Aber der Aufwand und die Komplexität sind enorm.

4 Millionen

Selbstständige gibt es in Deutschland, zehn Mal so viele arbeiten als Angestellte



Stabiles Vertrauen

Auch in Krisenzeiten stellen die Deutschen ihr Wirtschaftssystem nicht grundsätzlich infrage.

Von PROF. DR. RENATE KÖCHER

ie Pandemie hat ökonomisch enorme Kollateralschäden verursacht, die aber bei der großen Mehrheit der Bevölkerung nicht unmittelbar auf die finanzielle Situation durchschlugen. Durch Kurzarbeit, staatliche Unterstützung und die Bemühungen der Unternehmen, auch bei Umsatzeinbußen ihre Angestellten zu halten, wurde erreicht, dass die überwältigende Mehrheit keine gravierenden Wohlstandseinbußen hinnehmen musste.

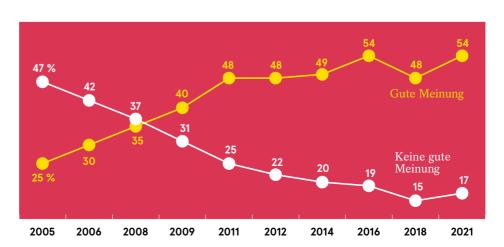
Dies hat mit dazu beigetragen, dass die Krise kaum Zweifel an dem deutschen Wirtschaftssystem ausgelöst hat. Die Mehrheit hat von diesem eine gute Meinung, nur 17 Prozent sehen es kritisch. In den letzten Jahrzehnten gab es nie mehr Zustimmung. Vielmehr hat sich das Urteil kontinuierlich verbessert. Der Langzeittrend zeigt, wie eng die Bewertung des Wirtschaftssystems mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt. Wirtschaftliche Schwächephasen führen zu Zweifeln am System; das war zwischen 2000 und 2005 der Fall, als sich die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau bewegte und zugleich Einschnitte in das soziale Netz vorgenommen wurden. Als die wirtschaftliche Erholung einsetzte, nahm das Vertrauen in das Wirtschaftssystem kontinuierlich zu.

Aktuell zieht die Mehrheit die Bilanz, dass sich die Soziale Marktwirtschaft auch während der Corona-Krise bewährt hat. In Westdeutschland ist die Bevölkerung davon noch weitaus mehr überzeugt als in Ostdeutschland. Für Ost wie West gilt jedoch, dass nur eine kleine Minderheit überzeugt ist, dass es eine überlegene Alternative zur Marktwirtschaft gibt. Gerade einmal 14 Prozent gehen davon aus; allerdings sind auffallend viele in Ost wie West in dieser Frage unentschieden.

Es gibt auch durchaus Kritik. So monieren 42 Prozent der Bevölkerung, die deutsche Marktwirtschaft sei nicht wirklich sozial. Auch hier hat sich jedoch die Bilanz signifikant verbessert: 2006 waren 62 Prozent überzeugt, dass das Wirtschaftssystem nicht sozial ausgerichtet ist. Auch dieses Urteil hängt von dem wirtschaftlichen Erfolg und von der Teilhabe an diesem Erfolg ab.

Die Bewertung dieser Teilhabe fällt ganz unterschiedlich aus, je nachdem, ob die Verteilungsgerechtigkeit generell zur Diskussion steht

Seit Jahren stellt das
Meinungsforschungsinstitut
Allensbach die Frage:
"Haben Sie von dem
Wirtschaftssystem in
Deutschland eine gute
Meinung oder keine
gute Meinung?"



oder die Gerechtigkeit der eigenen Einkommens- und Vermögensverhältnisse. 55 Prozent halten die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland für nicht gerecht. Dagegen bewerten nur 29 Prozent die eigene Teilhabe, also das eigene Einkommen und Vermögen im Vergleich zu anderen, als nicht gerecht. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den sozialen Schichten: Während in der Mittelschicht die Mehrheit, in den höheren sozialen Schichten die überwältigende Mehrheit die eigene Teilhabe an Einkommen und Vermögen als gerecht einstuft, gilt dies nur für 33 Prozent in den schwächeren sozialen Schichten.

Die Vorstellungen der Bürger, was eine Soziale Marktwirtschaft im Kern ausmacht, sind auf das Soziale fokussiert, deutlich weniger auf andere essenzielle Bestandteile wie unternehmerische Freiheit und möglichst wenig staatliche Interventionen. Die Bevölkerung assoziiert mit Sozialer Marktwirtschaft vor allem das soziale Netz, faire Arbeitsbedingungen und Löhne, sichere Arbeitsplätze, eine wirksame Vertretung von Arbeitnehmerrechten und die Übernahme sozialer Verantwortung durch Unternehmen; all das gehört für die große Mehrheit unbedingt zu einer Sozialen Marktwirtschaft. Dagegen halten nur 36 Prozent in einer Sozialen Marktwirtschaft unternehmerische Freiheit für essenziell, 33 Prozent Eigeninitiative, 32 Prozent einen begrenzten Einfluss des Staates auf die Wirtschaft. Diese ausgeprägte Ausrichtung auf die sozialen Ansprüche begrenzt zwangsläufig die Bereitschaft, das deutsche Wirtschaftssystem als Soziale Marktwirtschaft anzuerkennen.



PROF. DR. RENATE KÖCHER ist Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach.

Selbsttest: Wie marktwirtschaftlich bin ich?

Freier Unternehmergeist oder Fünfjahresplan – was ist Ihnen lieber? Kein Wirtschaftssystem funktioniert ohne Rückhalt in der Bevölkerung. Also testen Sie sich selbst und beantworten die folgenden fünf Fragen. Sie erfahren, wie viel Markt- und wie viel Planwirtschaft in Ihnen steckt.

1) Sie suchen eine Wohnung und merken, dass die Mietpreise in Ihren Lieblingsstadtvierteln stark gestiegen sind. Wie reagieren Sie?

- A) Ich demonstriere für die Enteignung von Vermieterinnen und Vermietern.
- B) Ich bereue es, in diesen Vierteln nicht selbst rechtzeitig eine Wohnung gekauft zu haben, und suche in anderen nach Gelegenheiten.

2) Sie brauchen ein neues Auto und sind sich unsicher, welche Antriebstechnik es sein soll. Wen fragen Sie um Rat?

- A) Die Bundesregierung. "Bis 2030 sollen sieben bis zehn Millionen Elektrofahrzeuge in Deutschland zugelassen sein", lautet deren Ziel. Also leiste ich meinen Beitrag und kaufe ein E-Auto.
- B) Den Gebrauchtwagenhandel meines Vertrauens. Ich frage dort, in welche Länder mein künftiger Verbrenner noch exportiert werden könnte, sollte er hier verboten werden.

3) Sie schauen auf Ihre Lohnabrechnung und vergleichen den Brutto- mit dem Nettobetrag. Was denken Sie?

- A) Wie schön, dass ich einen so großen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten darf. Der Staat weiß einfach besser, wohin mit meinem Geld.
- B) Was ist aus diesem Land geworden? Ludwig Erhard würde sich im Grabe herumdrehen.

4) Sie ärgern sich über steigende Strompreise. Welches Gegenmittel überzeugt Sie?

- A) Alle Energiekonzerne müssen verstaatlicht und Strompreise von der Regierung festgelegt werden.
- B) Die gesetzliche Festpreisgarantie für Erzeuger von Wind- und Solarstrom (EEG) muss abgeschafft werden.

5) Sie hören den Slogan "Wohlstand für alle". Was sagt Ihnen der?

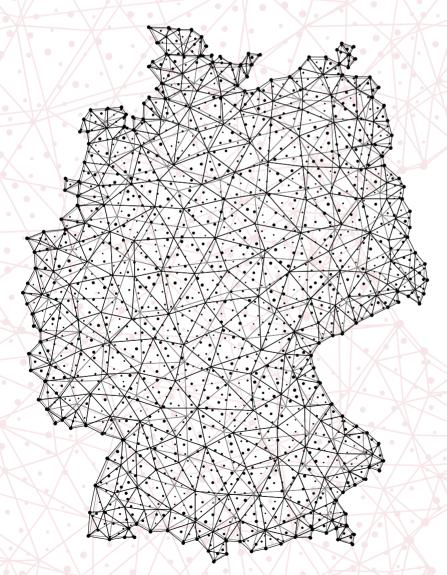
- A) So ähnlich habe ich das schon auf einigen Demonstrationen gerufen: "Alles für alle und zwar umsonst."
- B) Das ist der Titel meiner allabendlichen Bettlektüre.

Je mehr Fragen Sie mit B beantwortet haben, umso überzeugter sind Sie von einem freiheitlichen Wirtschaftssystem. Sollten Sie am häufigsten A angekreuzt haben, würden Sie sich im Sozialismus sicher wohler fühlen.

Was Deutschland anpacken muss

Von DR DANIEL STELTER

Blick in die Zukunft: Ohne grundlegende Reformen werden wir unseren Wohlstand nicht halten können.



ie wird Deutschland im Jahr 2040 aussehen? Eines kann man mit Sicherheit sagen: Wir werden ein altes Land sein. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird laut Statistischem Bundesamt von heute 51,8 Millionen bis 2050 auf 43,2 bis 47,4 Millionen, je nach Zuwanderungsszenario, schrumpfen. Schon bis 2030 verlieren wir 2,6 bis 3,5 Millionen potenziell Erwerbstätige.

In den guten zehn Jahren vor der Corona-Krise wurden Renten-, Gesundheits- und Sozialsysteme nicht zukunftsfest gemacht. Die Regierungen setzten seit 2005 auf immer großzügigere Leistungsversprechen, ohne zu bedenken, dass sich damit die Finanzierungslücken für Systeme der Alterssicherung vergrößern. Die "schwarze Null" entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als ein Märchen der Politik.

Wie aber sichern und schaffen wir Wohlstand, der wesentlich aus der Zahl der Erwerbstätigen und deren Produktivität resultiert? Je mehr Menschen arbeiten und je produktiver sie sind, desto mehr kann sich eine Gesellschaft leisten. Deswegen müssen wir den Rückgang der Erwerbsbevölkerung stoppen und die Erwerbsquote in der Bevölkerung anheben. Dafür muss mittelfristig das Renteneintrittsalter erhöht und die Jahresarbeitszeit verlängert werden. Das ist machbar, denn die Lebenserwartung steigt und die Arbeitszeiten in Deutschland liegen unter dem Niveau anderer Staaten.

Die Produktivitätszuwächse sind seit Jahren in allen Industrieländern rückläufig. In Deutschland stagniert die Produktivität. Der zu verteilende Kuchen wird nicht größer, aber die Ansprüche auf Kuchen wachsen. Es ist unabdingbar, die Produktivität zu steigern. Dies beginnt mit höheren privaten und öffentlichen Investitionen, geht über ein leistungsfähigeres Bildungswesen bis hin zu einer Forschungs- und Entwicklungsinitiative. Japan ist in dieser Hinsicht beispielgebend. Obwohl die Erwerbsbevölkerung dort seit Jahren sinkt, wurde das Bruttoinlandsprodukt durch einen weit überdurchschnittlichen Anstieg der Produktivität stabilisiert. Das gelang durch weitgehende Automatisierung und den Einsatz von Robotern, was für alternde Gesellschaften eine große Chance ist.

Damit Unternehmen mehr investieren können, müssen sie von coronabedingten Schulden entlastet werden, indem der Staat auf die Forderungen verzichtet und sie über einen sehr langen Zeitraum abschreibt.

Natürlich sollten wir den Wohlstand intelligent nutzen, um Herausforderungen wie globaler Armut, Klimawandel und Sanierung der EU zu begegnen.

Um Armut und Wirtschaftsmigration zu lindern, brauchen wir eine wirksame Entwicklungspolitik. Vor-Ort-Hilfe in den Hauptzuwanderungsländern könnte etwa in der Eröffnung von Ausbildungszentren liegen, die neben Berufsausbildung auch Sprachund Integrationskurse anbieten. Diese wären die Voraussetzung für eine legale Zuwanderung nach Deutschland.

Die Klimapolitik benötigt einen veritablen Neustart. Grundsätze von Effizienz und Effektivität müssen auch beim Klimaschutz gelten, denn die Ressourcen, die wir dafür aufbringen können, sind nicht unendlich. Deshalb sollten wir einen festen Prozentsatz des Bruttoinlandsprodukts definieren, den wir jährlich für Klimaschutz einsetzen. Ausgehend davon sind die Maßnahmen zu identifizieren, bei denen wir pro eingesetztem Euro den höchsten Effekt erzielen.

Neben schwachem Wachstum leiden EU und Eurozone unter zunehmender wirtschaftlicher und po-

Wird die bisherige Politik fortgesetzt, drohen wirtschaftlicher Niedergang und soziale Konflikte

litischer Divergenz sowie zu hohen Schulden von Staaten und Privatsektoren. Die bisherige Antwort der Politik, durch weitere Integration und höhere Umverteilung die Union am Leben zu halten, führt in die Sackgasse. Wir wissen aus dem nationalen Länderfinanzausgleich, dass solche Mechanismen Unterschiede eher verfestigen als verringern.

Die Diskussion um die Gerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung hat nicht erst seit Corona an Intensität gewonnen. Nach der (erheblichen) Umverteilung durch den Staat sind die Einkommen in Deutschland auch im internationalen Vergleich jedoch recht gleich verteilt. Vor Corona nahm die Ungleichheit sogar ab, weil die Einkommen in den unteren Gruppen schneller wuchsen.

Bei den Vermögen sieht das anders aus: Hier ist die Verteilung deutlich ungleicher als in den anderen Ländern der Eurozone, aber die Reichen

in Deutschland sind nicht reicher als jene in Italien und Frankreich. Ganz anders die Situation für die überwiegende Mehrheit der deutschen Privathaushalte. Sie verfügen über geringere Vermögen, da die Deutschen weitaus weniger Immobilien und Aktien besitzen als die europäischen Nachbarn. Hier ist der Eigentumserwerb zu fördern.

Letztlich brauchen wir einen Umbau des Steuer- und Abgabensystems. Das heutige System belastet den Faktor Arbeit überproportional. Die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung zwingt uns, Arbeit so attraktiv wie möglich zu machen sowie die Finanzierung der Sozialkassen fair und zukunftsfähig zu gestalten. Notwendig ist eine teilweise Integration in das Steuersystem mit dem Ziel, die Grenzbelastung sowie das Abgabenniveau insgesamt zu senken. Betrachtet man die Verschuldung Deutschlands in Relation zu der anderer Staaten der Eurozone und die absehbare Monetarisierung von Schulden durch die EZB, ist eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger angezeigt.

Die bevorstehende Bundestagswahl hat entscheidende Bedeutung: Gelingt es, die genannten Ziele und Vorschläge in die Diskussion zu bringen und damit einen Gegenpunkt zum vorherrschenden Trend zu setzen oder nicht?

Wird die bisherige Politik fortgesetzt, dürfte der Traum von einem wohlhabenden und gerechten Land im Jahr 2040 ein Traum bleiben. Das Resultat: wirtschaftlicher Niedergang, soziale Konflikte und Verfehlen der Ziele im Klimaschutz.



DR. DANIEL STELTER ist Makroökonom,
Berater und Autor. Sein Buch "Ein Traum von einem Land: Deutschland 2040" ist im Campus-Verlag erschienen.

Gute Wahl



Soziale Marktwirtschaft

insm.de